



Niederschrift

15. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. Oktober 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 7 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung)

Vorlage: 2025/0890

Punkt 7.1 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung)

Änderungsantrag: Volt

Vorlage: 2025/0890/1

Punkt 7.2 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung)

Änderungsantrag: FDP/FW

Vorlage: 2025/0890/2

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der Vorbemerkung Kenntnis und beschließt – nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss – die als Anlage 1 beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung)“.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung (41 Ja, 6 Nein)

Änderungsantrag Volt: Mehrheitliche Ablehnung (9 Ja, 37 Nein)

Änderungsantrag FDP/FW: Mehrheitliche Ablehnung (9 Ja, 38 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 14. Oktober 2025.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Gerne gehen wir, oder auch nicht gerne, aber wir gehen auf jeden Fall die Verwaltungsvorlage mit. Zum einen diese moderate Erhöhung um 1 Euro pro Monat, beziehungsweise 12 Euro pro Jahr, und auch die Abschaffung der Hundemarke sehen wir als zeitgemäß.

Zu den Änderungsanträgen von den Kolleg*innen, wir hatten das Thema Verknüpfung der Hundesteuer mit den Hundekotbeutel und den entsprechenden Kürzungsvorschlägen vonseiten der Verwaltung gestern auch intensiv in der Fraktionssitzung debattiert und uns gegen eine derartige Verknüpfung ausgesprochen. Über die Hundekotbeutel werden wir im Rahmen der Haushaltsdebatte höchstwahrscheinlich ausführlich sprechen, und wir würden das auch gerne dahin verlagern und das heute losgelöst von dieser Verwaltungsvorlage in dieser Form zustimmen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir sehen es so, dass wir es in den Haushaltsberatungen besprechen sollen, weil solche Fragen wie mit dem Hundekotbeutel und so aufgetaucht sind, und dies wäre dann im Rahmen der Haushaltsberatungen zu klären. Deswegen würden wir gerne dies in den Haushaltsberatungen besprechen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich schließe mich meinem Vorredner an. Auch wir sehen es für wichtig, dass wir über die Hundekotbeutel noch einmal sprechen in den Haushaltsberatungen und würden es dementsprechend dann auch so vertagen wollen.

Stadtrat Stolz (AfD): Wir als AfD-Fraktion haben bereits in der letzten Sitzung beantragt, die Hundesteuer für Hunde aus dem Tierheim vollständig abzuschaffen, als Zeichen für Tierfreundlichkeit und Verantwortungsbewusstsein. Heute stehen wir aber vor der Entscheidung, die Hundesteuer innerhalb kurzer Zeit erneut zu erhöhen. Umso wichtiger ist es, dass Steuerpolitik für die Bürger nachvollziehbar, unbürokratisch und maßvoll gestaltet wird. Die nun beantragte Erhöhung der Hundesteuer um 1 Euro pro Monat ist moderat. Im Vergleich zu anderen Städten liegt Karlsruhe damit zwar im Mittelfeld, aber das soll kein Freibrief sein, die Hundebesitzer immer weiter zu belasten. Maßnahmen, die zum Abbau von Bürokratie dienen, erwarten wir von einer modernen Verwaltung und begrüßen diese ausdrücklich. Die mit dem Antrag verbundene Abschaffung der Hundesteuermarken ist daher ein richtiger und sinnvoller Schritt, weniger Verwaltungsaufwand, weniger Materialverbrauch und damit weniger Kosten.

Wir merken aber auch gleichzeitig an, dass sich aus der Erhebung einer Hundesteuer für die Hundebesitzer selbst zunächst keinerlei Gegenleistung ergibt. Es gibt leider keinen Rechtsanspruch auf Hundewiesen oder sogar eingezäunte Freilaufflächen, aber auch Hunde haben Bedürfnisse. Zusätzlich soll nun aber auch bei den Hundekotbeuteln gespart werden. Das ist aus unserer Sicht ein klarer Fehler. Diese Beutel leisten einen wichtigen Beitrag zur Sauberkeit im Stadtgebiet. Apropos Stadtbild, viele der rund 350 Spender werden von Bürgervereinen und Ehrenamtlichen betreut, die sich eigenständig und unbürokratisch um diese regelmäßige Befüllung kümmern. Auch wenn diese ehrenamtliche Arbeit im Stadtbild meist eher unauffällig im Hintergrund verläuft, ist sie doch ein Ausdruck von Verantwortungsbewusstsein und gelebter Selbstverwaltung der Bürgerschaft. Solche gesellschaftlichen Beiträge zur Ordnung und Sauberkeit entstehen nicht durch Verordnungen, sondern durch freiwilliges Engagement. Und genau das sollten die Stadt und der Gemeinderat unterstützen, nicht behindern.

Aber nüchtern betrachtet pro Hund 12 Euro zusätzliche Einnahmen pro Jahr, bei Kosten in Höhe von 25.000 Euro, bei geschätzt rund 10.000 Hunden in Karlsruhe, also rund 2,50 Euro je Vierbeiner. Mit anderen Worten, die Hundebesitzer zahlen allein mit dieser erneuten Steuererhöhung fast das Fünffache dessen, was die Beutel überhaupt kosten sollen. Es gibt also aus Sicht der AfD-Fraktion keinen sachlichen Grund, diese freiwillige Leistung

einzustellen. Wer mehr verlangt, muss auch etwas zurückgeben oder zumindest Etabliertes beibehalten. Wir stimmen dem Antrag der Verwaltung daher zähneknirschend zu, nicht, weil wir diese Steuererhöhung gutheißen, sondern weil diese maßvoll ist, Bürokratie abbaut und die Kosten der Hundekotbeutel gleich mit deckt. Gelebter Tierschutz, nicht nur im Zoo, und ein vernünftiger Umgang mit Steuergeld, das erwarten die Bürger zu Recht von städtischer Politik, besonders in diesen Zeiten.

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Hund und Hundesteuer und Hundekottüten, sicherlich auch ein emotionales Thema. Und wir, sowohl die FDP als auch die Freien Wähler, haben bisher immer gegen die Erhöhung der Hundesteuer gestimmt. Jetzt kennen wir die prekäre Haushaltslage und wissen auch abzuwägen, wo Dringlichkeiten bestehen. Und deswegen würden wir diesmal der Erhöhung zustimmen, aber angeknüpft daran, dass wir zumindest diese Hundetüten behalten. Und der Hintergrund ist nicht, ich kenne die ganzen Argumente, dass man sagt, jeder, der einen Hund hat, muss sich auch so ein paar Tüten leisten können oder die mit sich führen. Die Argumente kennen wir alle, aber man muss auch sehen, was in unserer Stadt an Ehrenamt geleistet wird. Die Hundebesitzer, ein Großteil davon, haben 350 gespendete Boxen organisiert, und das ist ein Wort. Also das muss man sich erstmal auf der Zunge zergehen lassen. 250 Freiwillige befüllen regelmäßig wöchentlich diese Boxen. Und wenn Sie mit den Bürgervereinen und anderen reden, sagen die alle, seit es diese Hundeboxen gibt, ist es in der Stadt sauberer, es liegen weniger Köttel auf dem Gehweg rum und, und, und. Das ist eigentlich das, was wir forcieren wollen. Wir wollen dieses Ehrenamt nicht mit Füßen treten.

Jetzt wissen wir, dass die Hundesteuer nicht zweckgebunden ist und auch zu der Sanierung des Haushaltes beitragen soll beziehungsweise deren Erhöhung. Und deswegen kam von uns der Vorschlag, moderat diese 2,50 Euro draufzulegen. Wir wissen auch, dass es round about 10.000 gemeldete Hunde gibt, und dann hätten wir diese 25.000 jährlich. Ich habe einmal kurz die Antwort der Verwaltung überflogen, und das hört sich natürlich für mich wieder so an wie, wir wollen es nicht. Ich hätte eigentlich gedacht, es ist ein guter Weg zu sagen, wir können diese Beutel beibehalten, wir können sie finanzieren. Das ist kein organisierter Verband oder eine Interessensgemeinschaft, man kann denen eigentlich nicht zumuten, zu sagen, sie sollen die 25.000 jährlich durch Spenden irgendwie einsammeln. Also das ist fast unmenschlich. Daher war das unser Änderungsantrag mit den 2,50 Euro. Dass es natürlich nicht zweckgebunden ist, das ist uns klar. Wir hätten uns aber über eine Zusage der Verwaltung gefreut, wenn wir sagen, wir kriegen da eine Mehrheit. Dass das durch 12 nicht teilbar ist, lassen wir jetzt mal dahingestellt. Das hätten wir der Stadtkämmerei zugetraut, dass sie das hinkriegt. Sie hat mit der Grundsteuer die Rechnerei auch hingekriegt. Dann wird sie auch 2,50 Euro durch 12 teilen können. Ich könnte auch bei den 3 Euro von meinem charmanten Kollegen von der Volt mitgehen, wenn man das besser rechnen kann. Es geht um die gute Sache und das Ehrenamt. Und jetzt zu sagen, wir schieben dann das in die Haushaltsberatungen, in den Haushaltsberatungen haben wir solche Schwitzkästen, da werden die Kollegen dann sagen, nein, für die Hundetüten ist kein Geld mehr da, daher jetzt gekoppelt an die Steuererhöhung. Und nur deswegen würden wir dann auch zustimmen. Wenn Sie uns hier zusagen, wenn wir die 3 Euro mehr mitgehen jetzt bei der Steuer, dann sind die Tüten die nächsten vier Jahre gesichert.

Stadtrat Gaukel (Volt): Vielen Dank, Frau Lorenz, es ist doch nicht so häufig, dass wir Redebeiträge aufeinander haben, die sich dann doch sehr gut ergänzen. Ich kann mich dem meisten anschließen. Im Antrag sieht man es, wir erhöhen um 50 Cent. Ein

Änderungsantrag zu der Hundesteuer, das klingt erstmal bürokratisch, aber das Ziel ist ein anderes. Das ist ein Antrag für Hunde, für ehrenamtliches Engagement, eine saubere Stadt. Und wem das alles egal ist, der soll mal darüber nachdenken, wann er das letzte Mal in Hundekot getreten ist. Und spätestens jetzt sollten auch Sie wissen, warum dieser Antrag zum Erhalt von Hundekotbeuteln wichtig ist. Aber warum stellen wir den heute? Den Doppelhaushalt haben wir erst im Dezember. Und ja, es wäre schön, wenn wir erst im Dezember darüber gemeinsam diskutieren und entscheiden würden, aber letztlich müssen wir halt die Steuern heute schon beschließen, da jetzt die Zeit ist. Das hatten wir gerade bei dem vorherigen Tagesordnungspunkt und auch von den anderen, hat uns auch etwas überrascht, denn wir hätten auch gerne erst im Doppelhaushalt darüber geredet. Aber so lange können wir eben nicht warten. Und wenn wir nicht bis dahin warten wollen, im Dezember wird dann unsere frisch wiedergewählte Finanzdezernentin dann wieder zu hören sein, ein Mehr an einer Stelle erfordert ein Weniger an anderer Stelle oder Mehreinnahmen. Und deswegen stellen wir genau daher heute diesen Antrag.

In der Stellungnahme geht auch hervor, hat die Frau Lorenz auch schon ausgeführt, Thema der Zweckgebundenheit, das ist uns natürlich auch klar, dass sie dies nicht sind. Das fordern wir auch nicht, schreiben aber natürlich auch rein, im Doppelhaushalt, es geht immer um Gegenfinanzierung. Deswegen möchten wir, dass dies dann als Gegenfinanzierung dargestellt wird. Das Gleiche hatten wir auch bei der City Tax, was schon viel diskutiert wurde und auch noch einmal viel diskutiert werden wird. Am liebsten hätten wir es, die Steuer müsste man gar nicht weiter erhöhen, sondern könnte durch die Einnahmen, die wir schon haben, diese Hundekotbeutel weiter finanzieren. Aber am Ende ist für uns der genehmigungsfähige Haushalt indiskutabel, und deswegen wollen wir nicht bis zum Dezember warten, wo wir dann im Haushalt Kultur, Soziales, Klimaschutz und Hunde gegeneinander ausspielen dürfen, sondern wollen jetzt schon diesen Vorschlag bringen als Kompromiss, damit wir die Hundekotbeutel erhalten, ohne den Haushalt zusätzlich zu belasten.

Und dann vielleicht noch kurz zum eigentlichen Thema, auch da hatte Kollegin Lorenz schon vieles gesagt. Es wurden in den letzten Jahren viele Hundekotbeutelspender privat aufgestellt, durch den Verein finanziert. Es sind über 100 Paten, den hatte ich mir aufgeschrieben, es waren wohl bis zu 250, die diese befüllen auf ihren Gassi-Runden. Es sind über 300 Hundekotboxen, geschrieben hat der Verein einen Gegenwert von ca. 50.000 Euro. Und das muss man sich auch mal ein bisschen auf der Zunge zergehen lassen, was hier durch ehrenamtliches Engagement geschaffen wird. Hierfür wollen wir weiterhin unterstützen, denn gerade in der aktuellen Lage brauchen wir mehr ehrenamtliches Engagement zur Stärkung des Zusammenhalts. Lasst uns dafür heute abstimmen für das Ehrenamt, für den Hund und für saubere Schuhsohlen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ursprünglich wurde die Hundesteuer als Luxussteuer eingeführt. Ein Hund ist aber kein Luxus. Für Alleinlebende, vor allem ältere Menschen, ist ein Hund oft der einzige regelmäßige Sozialkontakt und treuer Gefährte, für Familien ein Teil derselben. Die Haltung eines Hundes beugt Einsamkeit vor und fördert die Gesundheit. Vor zwei Jahren wurde die Gebührenordnung für Tierärzte umfassend überarbeitet. Die Tierärztkosten sind seitdem massiv gestiegen, zusätzlich zu den gestiegenen finanziellen Belastungen, die wir alle im täglichen Leben tragen müssen. Natürlich gibt es Menschen, die sagen, das ist ja runtergebrochen nur 1 Euro im Monat, das ist schon okay. Aber es gibt auch Menschen, für die die, wohlgemerkt, jährliche Zahlung eine zusätzliche Belastung ist, erst recht, wenn alles andere im Leben teurer wird, wie zum Beispiel gerade bei Familien

geplant. Auch wir haben länger überlegt, wie man die Hundesteuer im gegebenen Rahmen gerechter und trotzdem gewinnbringend gestalten könnte. Den Zweithund teurer machen, eine erhöhte Steuer für Listenhunde? Nein, die Hunderasse allein sagt nämlich nichts über die Gefährlichkeit eines Tieres aus. Die Zwingersteuer für private Züchter*innen in die Höhe schrauben oder gar abschaffen, da es wirklich genug Tiere in den Tierheimen gibt, die ein Zuhause suchen? Im Grunde kamen wir aber immer wieder zurück auf einen Gedanken. Die Hundesteuer an sich ist in ihrer Ausgestaltung unsozial, die Möglichkeit zur gerechten Gestaltung begrenzt. Die Einnahmen, das wurde schon erwähnt, sind nicht zweckgebunden. Das ist natürlich eine verlockende Einnahmequelle. Aber keine Zweckbindung bedeutet eben auch, dass sich daraus nicht automatisch der Anspruch auf sichere eingezäunte Auslaufflächen oder die Versorgung mit Kotbeuteln ableiten lässt. Letztere stehen auch zur Disposition. Auch das finden wir übrigens aus mehreren Gründen nicht richtig.

Und, lieber Herr Stadtrat Hofmann, Überraschung, Die Linke kann Steuern ablehnen. Das werden wir heute tun.

Stadtrat Hofmann (CDU): Lieber Kollege Gaukel, hervorragendes Plädoyer für das Ehrenamt, bei dem Sie natürlich bei mir offene Türen einrennen, aber wir können natürlich nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Wir haben heute noch ein paar andere Entscheidungen zu fällen, ich erinnere hier gerade an die Zweitkind-Regelung, wo wir genau das Gleiche haben. Von daher, die Idee ist gut, das hat mein Kollege Müller auch gesagt. Die Idee ist gut, aber sie muss nachher im Gesamtkontext gesehen werden. Wir können nicht vorweggreifen. Wir müssen nachher, und da haben Sie vollkommen Recht, auch wenn Sie die Finanzbürgermeisterin in dem Zusammenhang zitieren, wir brauchen nachher alle zusammen einen genehmigungsfähigen Haushalt. Und alles, was wir jetzt schon festzementieren, engt uns einfach danach ein.

Von daher ist der Vorschlag, diese Entscheidung komplett in den Haushalt zu schieben einfach, ob wir dies dann auch dort machen können. Aber wenn wir heute zustimmen müssen, müssen wir Ihren Antrag definitiv ablehnen, weil wir ansonsten etwas vorwegnehmen würden, was wir definitiv heute nicht wollen, siehe auch unser Antrag nachher bei der Zweitkind-Regelung.

Der Vorsitzende: Ich würde das auch zum Thema Haltung der Verwaltung noch mal kurz erklären. Wir müssen heute die Satzung abstimmen, sonst können wir sie zum 1.1. nicht einführen. Und ich verstehe, dass einige von Ihnen darin in der Steigerung der Einnahmen eine Gegenfinanzierung für die Wiedereinführung der städtischen Zuschüsse an die Hundekotbeutel sehen. Sie können aber einen solchen Vorgriff auf einen von uns erst in den Haushaltsberatungen vorgelegten Beschluss quasi nicht ergreifen, sondern die, die heute sagen, sie wollen dieses Junktim, das ein politisches Junktim ist, müssten Sie im Grunde sagen, also die, die heute einer Erhöhung zustimmen, um es damit zu verbinden, die Hundekotbeutel weiter mitzufinanzieren, müssen sich dann sicher sein, dass ein entsprechender Änderungsantrag von Ihnen in den Haushaltsberatungen auch eine Mehrheit findet, sonst gibt es dieses politische Junktim nicht. Und diese Aufgabe können wir Ihnen als Verwaltung nicht abnehmen. Deswegen muss ich den Ball zurückwerfen und sagen, die, die eine noch höhere Erhöhung wollen in Verbindung mit den Hundekotbeuteln, können dem heute zustimmen. Aber Sie müssen dann auch sicher sein, dass Sie dafür in den

Haushaltsberatungen eine Mehrheit kriegen, denn da muss es dann sozusagen aus unseren Änderungsvorschlägen wieder rausgekickt werden. Ich glaube, das ist soweit klar.

Dann können wir jetzt zu den Abstimmungen kommen. Am weitestgehend ist der Änderungsantrag von Volt, es nämlich auf 147 Euro auszudehnen. Das ist der Änderungsantrag TOP 7.1, und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt rufe ich auf den Änderungsantrag der FDP/Freien Wähler auf 146,5 und bitte hier um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt wird die unveränderte Verwaltungsvorlage gleich zur Abstimmung gestellt. Das dauert noch einen Moment. Sie gucken einmal, ob Sie sich wiederfinden, ist okay. Also, jetzt kommt die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Jetzt gucken wir einmal kurz. Ich bin ja manchmal zu schnell aus Ihrer Sicht. Okay, damit können wir den Tagesordnungspunkt 7 abschließen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
4. November 2025